



Erklärung zur Verschwiegenheitspflicht

Name, Vorname

Geburtsdatum

Ich nehme zur Kenntnis, dass alle Informationen, die ich über die Alarmierung, über Funk, über Gespräche etc. erhalte, der Verschwiegenheitspflicht nach § 1 Abs. 1 bis 3 des Verfassungsgesetzes vom 02.03.1974 (BGBl. I S. 469, 547) in der jeweils geltenden Fassung unterliegen.

Mir ist bekannt, dass ich bei Zuwiderhandlung der nachfolgenden Strafvorschriften des Strafgesetzbuches strafrechtlich belangt werden kann:

- § 201 Abs. 3 StGB (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes)
- § 203 Abs. 2 StGB (Verletzung von Privatgeheimnissen)
- § 331 StGB (Vorteilsnahme)
- § 332 StGB (Bestechlichkeit)
- § 335 StGB (Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung)
- § 336 StGB (Unterlassen der Diensthandlung)
- § 353 b StGB (Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht)
- § 358 StGB (Nebenfolgen)

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass es verboten ist, dienstliche Aufzeichnungen für nicht dienstliche Zwecke zu fertigen oder im persönlichen Gewahrsam zu haben. Mir ist eröffnet worden, dass ich bei Verletzung meiner Pflichten im Fernmeldedienst strafrechtliche Konsequenzen zu erwarten habe.

X

Antragstellende Person
Datum, Ort und Unterschrift

X

gesetzlicher Vertreter 1
Datum, Ort und Unterschrift

X

gesetzlicher Vertreter 2
Datum, Ort und Unterschrift